

Eine halbe Stunde mehr

Bahnverkehr 2030: „Akzeptanz schaffen“, FR-Regional vom 9.12.

Der Deutschlandtakt scheitert in Baden-Württemberg nicht nur an den 38 Minuten Fahrzeit von Mannheim nach Stuttgart, sondern an dem Engpass der Untergrundhaltestelle Stuttgart 21 mit ihren acht statt bisher 16 Gleisen. Denn Züge können dann keine Anschlüsse mehr abwarten, was Voraussetzung ist für den integralen Deutschlandtakt: Die Züge müssen für eine bestimmte Minutenzahl im Bahnhof stehen können für möglichst viele Umstiegsoptionen. Der bisherige geniale Kopfbahnhof schafft dies problemlos. Mit Stuttgart 21 verlängern sich aber etwa Fahrten von Tübingen nach Mannheim um mehr als eine halbe Stunde durch verpasste Anschlüsse.

Der Vorschlag des Stuttgarter Verkehrsministers, die Strecke von Zuffenhausen bis Stuttgart Hauptbahnhof durch einen weiteren bis zu vier Kilometer langen und entsprechend teuren Tunnel deutschlandtaktfähig zu machen, ist deshalb illusionäre Augenwischerei, solange das Konzept „Umstieg 21“ vom Juni 2016 weiterhin abgelehnt wird. Dieses sieht statt der Fertigstellung von Stuttgart 21 die Kopfbahnhofertüchtigung vor bei Einsparung von immer noch mehreren Milliarden Euro. In diesem Konzept enthalten sind zwei weitgehend oberirdische zusätzliche Zulaufgleise auf vorhandenem Bahngelände zur Entmischung und störungsfreieren Fahrt der verschiedenen Zuggattungen und käme mit einem lediglich 700 Meter langen zusätzlichen Tunnel aus. Mit „Umstieg 21“ würden sofort Flächen für Wohnungsbau frei, die durch die S21-Logistik mindestens bis 2025 belegt sind.

Selbst wenn die Region Stuttgart vor Gipskeuperquellungen in den S21-Tunneln verschont bliebe und dadurch wiederkehrende Bahnverehrinfarkte nicht erlebte, bleibt der integrale Deutschlandtakt bei einem Festhalten am Projekt Stuttgart 21 im Großraum Stuttgart Illusion.

Friedrich Gehring, Backnang

Extrem stromintensiv

Zu: „Ökosprit statt Erdöl importieren“, FR-Politik vom 16. Dezember

Synthetische Kraftstoffe sind eine Scheinlösung, mit der an herkömmlichen Verbrennungsmotoren festgehalten werden soll. Die Kraftstoffherstellung ist extrem stromintensiv. Schon bei Wasserstofftechnik wird im Vergleich zum batterieelektrischen Antrieb die doppelte Strommenge benötigt. Bei synthetischen Kraftstoffen ist es sogar die siebenfache Menge (Quelle: Agora Verkehrswende); das ist ein Irrweg! Die allerbeste Effizienz wird mit direktem Fahrstrom erreicht: Bahn, Straßenbahn, Oberleitungsbusse. Auch Oberleitungs-LKW sind möglich.

Ralf Krug, Pohlheim

Zur Rettung der Banken standen schnell Milliarden bereit

UN-Klimagipfel in Madrid: „Ein Offenbarungseid“, FR-Tagesthema vom 16. Dezember

Kurzsichtigkeit und wirtschaftlicher Eigensinn

Das Fiasko beim Finale des Klimagipfels erfordert wieder einmal zwei erhebliche Blickpunkte, die unbedingt auf den Tisch gebracht werden müssen. Es standen sehr schnell Milliarden und Abermilliarden zur Verfügung, um Banken zu retten. Wo bitte schön stehen jetzt elementare Mittel zur Verfügung, um nicht nur die gesamte Jugend der Welt und die Zukunft der Welt zu retten? Die Klimablokkierer scheinen nicht verstehen zu wollen, dass auch ihre Länder von den Folgen der künftigen Klimapolitik heimgesucht werden können.

Des Weiteren sollte unbedingt erwähnt werden, dass die indigenen Völker Südamerikas, aber auch Afrikas und der Polargebiete so stark beeinträchtigt werden, dass ihr Aussterben vorangetrieben wird. Eine solche Politik ist neben verschiedenen anderen Faktoren und dem Egoismus der westlichen, rein auf wirtschaftliche Faktoren ausgerichteten Welt ebenso verheerend wie die Kolonialpolitik bis in die frühen 1920er Jahre hinein. Nicht nur, dass es unverständlich ist, dass einzelne Länder sich trotz der wirtschaftlichen Verflochtenheit das Recht nehmen, sich mehr als national-egoistisch zu verhalten; die USA, Brasilien, Indien und China müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass ihre Kurzsichtigkeit und wirtschaftlicher Eigensinn zu einer Welt führt, in der die kommende Generation mit den Schwierigkeiten eines klimatologischen Völkermordes zu leben hat. Georg Dovermann, Bonn

Warum sagt Steinmeier nichts in der Klimakrise?

Unlängst meinte Bundespräsident Steinmeier, „Fridays for Future“ warnen zu müssen, die De-



Protest ist immer wichtig, erst recht am Rande von Klimagipfeln, die nicht liefern.

AFP

mokratie schlechtzureden und die Menschen mit Untergangsszenarien zu ängstigen. Von Schlechtreden der Demokratie kann keine Rede sein, das erlidiigt die Regierung schon selbst.

Apokalyptische Bedrohungen sind aufgrund neuer Untersuchungen von vielen Wissenschaftlern festgestellt worden. Steinmeier weiß, dass Tausende von ihnen die Bemühungen der Fridays-Bewegung unterstützen, weil diese die Menschen aufklärt. Und doch sind Warnungen angesagt. Hatten die Regierungsparteien nicht den Antrag der Grünen auf 130 km/h Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen abgelehnt, obwohl der nur Vorteile bringt? Hat die Regierung nicht das Klimapaketchen geschnürt, das gar nichts bewirkt? Doch der Bundespräsident schweigt zu alledem.

Steinmeier hat jahrelang als Außenminister die Welt bereist. Er kennt die Verhältnisse. Hat er als oberster Repräsentant Deutschlands etwas zu den Kli-

maveränderungen gesagt oder zur Entwicklungshilfe? Nein! Steinmeier hat mit seiner Aufforderung an die SPD, Verantwortung zu übernehmen, letztlich die jetzige Regierung installiert. Meint er, sie deswegen schützen zu müssen? In dieser schicksalhaften Zeit benötigen wir einen von Verantwortung geprägten und mit Courage ausgestatteten Präsidenten. Er ist es nicht, leider. Hans-Joachim Scholz, Lüneburg

Die Politik bremst das nötige Umdenken

Die Bewegung der Fridays for Future hat eine eminente Bedeutung, weil sie die regierenden PolitikerInnen an ihre Verantwortung erinnert. Dass sie von SchülerInnen ausgeht, die selbst altersbedingt noch keinen Zugang zu demokratischen Entscheidungsgremien haben, bringt eine Skepsis mit sich, dass demokratische Parteienpolitik das notwendige Umdenken eher bremst als voranbringt. Vor knapp 40 Jahren

habe ich mich als Anhänger der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung in einer ähnlich frustrierenden Situation gesehen und mich als erster in meinem Wohnbezirk den Grünen angeschlossen, die damals ein Chaoshaufen von Maoisten, „Müslis“ etc. waren, in denen ich als Linkskatholik ein Exot war. Allein, dass Joschka Fischer uns aus dem Irakkrieg (weitgehend) heraushalten konnte, macht mich heute noch stolz auf meine damalige Entscheidung.

Ich möchte die Aktiven der Bewegung anregen, den Kontakt zu den Grünen zu suchen, die z.B. wie Sven Giegold Einfluss auf die EU-Politik haben. Ich entsinne mich, dass vor Jahren eine mir bekannte Schülerin ein Praktikum in seinem Brüsseler Büro gemacht hat. Es kann nichts schaden, zu wissen, wie Beschlüsse in politischen Gremien zustande kommen.

Gerd Wild, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/madrid

Die Finanzbehörde müsste intensiver prüfen

Zu: „Ein Brötchen, ein Bon“, FR-Wirtschaft vom 16. Dezember

Die alltägliche Wirklichkeit der kleinen Unternehmer

Das verabschiedete Gesetz zur verpflichtenden Herausgabe von Bons wird nicht die Gewinnung von Schwarzgeld unterbinden. Fast jede kleine Bäckerei oder auch der kleine Bioladen hat heute eine elektronische Kasse mit einem Programm eines anerkannten Anbieters. Zusammen mit dem vermutlich sorgfältig gepflegten Artikelstamm wird automatisch jedes Brötchen, jede Apfelsine im System beim Verkauf erfasst und erscheint im abendlichen Kassenbericht in der Tagesgesamtsumme. Eine Manipulationsmöglichkeit ist für den normalen Nutzer nicht ersichtlich. Ein Tagesabgleich ist nur dann sinnvoll, wenn die Belege, die dem Kunden auszuhändigen sind, am Abend wieder eingesammelt und mit dem Tagesbericht verglichen werden.

Kritisch sind dagegen Systeme, in denen eine elektronische Kasse und ein manuelles System (handschriftlicher Beleg) parallel genutzt werden, z.B. in Gastronomiebetrieben, die ein zweigleisiges Angebot haben: Imbissbetrieb mit elektronischer Kasse und Papierbeleg – wenn überhaupt – im Servicebereich mit dem höheren Mehrwertsteuersatz. Weitere Möglichkeiten zur Erzielung von Schwarzgeldern bieten nur noch offene Kassen auf Marktständen und mobilen Imbissbuden vor Fußballstadien und Weihnachtsmärkten etc. Da schaut man als Unternehmer am Abend in die Kasse und entscheidet, welche Zahl dem Steuerberater gemeldet wird. Hier müsste die Finanzbehörde sehr viel intensiver prüfen.

Man kann festhalten, dass Herr Schäuble in seiner Zeit als Finanzminister keine Ahnung hatte, wie die alltägliche Wirklichkeit für den kleinen fleißi-

gen Unternehmer aussieht. Und anscheinend hat er auch nicht in Italien Rücksprache genommen, wo seit Jahrzehnten Bonpflicht besteht, dort soll man kein Café, kein kleines Lädchen ohne scontrino verlassen. Aber ist es deshalb in Italien besser geworden? Eher nein.

Elisabeth Baumann, Essen

Zu einfach und gefährlich für Arbeitsplätze

Wenn man auf den Bons alles weglässt, was nicht steuer- und umtauschrelevant ist, wird der Bon drei bis fünf Zentimeter lang. Wenn man statt der Thermodrucker Nadeldrucker einsetzt, wird der Bon weniger umweltkritisch. Das ist aber wahrscheinlich zu einfach und gefährdet dazu noch die Arbeitsplätze in der Thermodruckpapierindustrie. „Meine Sorgen möcht' ich haben“ (Tucholsky). Utz Tannert, Lemgo

Schlechteste Variante

Nord Stream 2: „Streit statt Energie“, FR-Meinung vom 13. Dezember

In seinem Leitartikel über weitere für den Import infrage kommenden Energieträger zieht der Autor die Möglichkeit in Erwägung, „die Inlandsproduktion mittels Fracking anzukurbeln“. In der Folge schreibt er, den USA gehe es darum, „Absatzmärkte für ihr wesentlich umweltschädlicheres Fracking-Gas zu erschließen“.

Angesichts der niederschmetternden Zustandsberichte über die katastrophalen Umweltschäden, verursacht in den USA durch Fracking, ist es unverständlich, wie der Autor die denkbar schlechteste Variante, das Fracking in Deutschland „anzukurbeln“, überhaupt in Erwägung zieht, wobei weniger schädliche Energieträger für den Import durchaus zur Verfügung stehen.

Jutta-Marie Roth, Königswinter

Diskussion: frblog.de/lf-20191216